



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/203 - 4. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 836 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Neuaufgabe der Weimarer "Wirtschaftspartei"?	S. 1
England in Suez-Fieber	S. 3
Alfred Grotjahn zum Gedächtnis	S. 4
"Time" über Adenauers grösste Sorge	S. 6

Die radikale Mitte

H.B. Kurt Tucholsky hatte nur einen seiner politischen Witze machen wollen, als er von der "radikalen Mitte" sprach. Jetzt tritt dieser Witz in die politische Wirklichkeit. Die "Union der Mitte" ist kürzlich gegründet worden und an ihrer Radikalität lässt sie von Anfang an keinen Zweifel.

Drei politische "Mittelstandsgruppen", so wird gemeldet, haben sich "auf Bundesebene" zusammengeschlossen. Es sind die "Deutsche Mittelstandspartei" (Dillenburg/Hessen), der "Aktionsausschuss Vereinigter Mittelstand" (Gelsenkirchen) und die "Union der Mitte" (Kiel). Der neugewählte 1. Vorsitzende, Friedrich Kock, betonte nach der Gründung, dass die drei Gruppen durch ihren Zusammenschluss einer weiteren politischen Zersplitterung des "Mittelstandes" vorbeugen wollen. Sie wollten eine echte "dritte Kraft zwischen der CDU und der SPD" schaffen.

Hauptziel der neuen, erweiterten "Union der Mitte" ist die Beteiligung an den Bundestagswahlen im nächsten Jahr. Nach Kocks Worten rechne sich die "Union der Mitte" eine echte Chance aus, die Fünfprozentklausel zu überspringen. Die Vereinigung will sich aber auch an den bevorstehenden Kommunalwahlen in Hessen und in Nordrhein-Westfalen beteiligen.

Die Kommunalwahlen werden Kock und seinen Freunden schon zeigen, dass sie sich verrechnet haben. Kock, der Kieler Zigarrenhändler, hat seine erste Niederlage bereits auf der diesjährigen Delegierten-Tagung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels einstecken

müssen. Dort, auf der Tagung einer parteipolitisch strikt neutralen Fachorganisation, propagierte er "eine neue Mittelstandspartei". Noch während seiner Rede rief man ihm "Schluß! Aufhören!" zu. In der Diskussion stellte sich heraus, dass kein einziger der anwesenden Geschäftsleute für eine "Wirtschaftspartei" unseligen Weimarer Angedenkens in zweiter Auflage zu haben war.

Kock sollte wissen, dass es im Handwerk, im Gewerbe und in den Freien Berufen nicht anders aussieht. Er kennt den Reinfall, den der inzwischen verstorbene Bäckermeister Drewitz - eben der Chef jener Wirtschaftspartei in der ersten Republik - in Berlin erlebte. Auch dort wurde eine "Mittelstandsunion" gebildet, kandidierte bei den Wahlen und brachte keinen Kandidaten durch.

Die Berliner selbständig Schaffenden sind für Standespolitik nicht zu haben, und die Mittelschichten in der Bundesrepublik sind es ebenso wenig. Richtig ist, dass die Mittelschichten in politische Gärung geraten sind. Die Politik der Bundesregierung und ihrer Parteien hat den Steuerdruck, der auf den kleinen und mittleren Selbständigen lastet, nicht gemildert. Sie hat ihnen Kreditgelder zugunsten des Großkapitals entzogen. Sie hat den Mittelschichten durch die linearen Diskonterhöhungen den Zugang zum Kapitalmarkt vollends vermauert. Sie hat die Existenz dieser Schichten untergraben. Sie hat sie ebenso wenig wie die Arbeitnehmermassen am "Wirtschaftswunder" teilhaben lassen und hat ihnen damit vor Augen geführt, dass sie wirtschafts- und allgemeinpolitisch an die Seite der Lohn- und Gehaltsempfänger gehören. Viele von ihnen - die Wahlergebnisse und die grossen öffentlichen Mittelschichten-Veranstaltungen der SPD zeigten es - haben im Laufe der letzten Jahre in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat gefunden.

Kock hat sich für seine Neugründung Essen ausgesucht - den Platz, an dem vor drei Jahren die Bundesarbeitsgemeinschaft selbständiger Schaffender in der SPD ins Leben gerufen wurde. Kock weiss, welcher Impuls von hier ausgegangen ist. Er und seine drei nur auf dem Papier bestehenden Gruppen werden auch bald wissen, dass ihre Hoffnung, von der politischen Umgruppierung der Mittelschichten profitieren und die deutschen Poujades spielen zu können, ein leerer Wahn ist. Denn dreimal Null macht noch keine "Union" sondern immer nur Null.

* * *

Um Edens und Nassers Prestige

E.A. London

London schwirrt in diesen Tagen von Gerüchten, wonach die militärischen Operationen gegen Ägypten noch vor dem Wochenende beginnen sollen, falls Präsident Nasser die Dulles-Vorschläge für den Kanal ablehnt oder aber auch nur durch seine Haltung in den Besprechungen mit der Menzies-Mission zu offensichtlich auf Zeitgewinn spielt. Befürchtungen, dass die britische Regierung sich zu einer Einzelaktion hinreissen lassen könnte, gründen sich auf die weitreichenden militärischen Vorbereitungen und die offensichtliche Aneignung des Kabinetts, seine Pläne und Absichten eindeutig vor dem Parlament darzulegen. Gaitskells Drängen auf baldige Einberufung des Unterhauses begegnete kühler Abweisung. Die Abgeordneten der Labourparty und der Liberalen überlegen, wie man der Regierung zusetzen könne, um die Zurückberufung des Parlaments zu erreichen, ehe sich Eden auf ein militärisches Abenteuer einlässt. Sowohl die öffentliche Meinung wie die weitesten politischen Kreise misstrauen den Absichten der Regierung.

In Londoner diplomatischen Kreisen äussert man sich zuversichtlich darüber, dass Grossbritannien auf die volle Unterstützung der Eisenhower-Administration rechnen könne, um die Internationalisierung des Suezkanals zu erreichen. Von amtlicher Seite weist man darauf hin, dass es ein reiner Zufall sei, dass der Höhepunkt der militärischen Vorbereitungen mit dem Beginn der Menzies-Gespräche in Kairo zusammenfalle. So sei z.B. die Entscheidung über die Stationierung von französischen Truppen auf Zypern schon vor drei Wochen, noch vor dem Zusammentritt der Londoner Suezkonferenz, getroffen worden. Das mag alles stimmen, klingt aber darum nicht weniger beunruhigend.

Verdächtig sind auch die Ansichten, dass die britische Regierung durchaus nicht geneigt sei, der Menzies-Mission einen weiten Spielraum für die Auslegung der an sich vagen Mehrheitsresolution von London einzuräumen. In offiziellen Kreisen äusserte man Besorgnisse, dass Premierminister Menzies sich zu konziliant zeigen werde, um seiner Mission in Kairo zum Erfolg zu verhelfen. Obwohl sich Sprecher der Regierung jetzt bemühen zu versichern, dass Grossbritannien durchaus nicht daran denke, im Falle eines "Nein" von Präsident Nasser das Kanalgebiet wieder zu besetzen, so bestehen doch weitverbreitete Zweifel, ob die

Massnahmen, die dann die Londoner Regierung plant, nicht doch zu kriegerischen Verwicklungen führen müssen. Niemals hat man bisher auch nur angedeutet, dass der Konflikt dann vor das Forum der Vereinten Nationen gebracht werden müsse.

Umso ungenierter spricht man von Sanktionen, um einen widerspenstigen Nasser gefügig zu machen. Darunter fallen Abzug der Kanallotsen, Kanalboykott durch ^{die} 18 Nationen, die bei der Londoner Konferenz die Dulles-Vorschläge unterstützt haben, und die Einstellung des Handelsverkehrs mit Ägypten. Das alles zusammen mit den bereits verhängten finanziellen Sanktionen.

Nun dürfte ja auch Präsident Nasser alle diese Möglichkeiten in Rechnung gezogen haben. Für ihn aber lautet die entscheidende Frage doch wohl, ob es Grossbritannien und Frankreich in erster Linie auf den gesicherten Schiffsverkehr durch den Kanal oder aber auf eine Demütigung des ägyptischen Diktators abgesehen haben. Sollte er das Letztere annehmen, dann wäre es für ihn verhängnisvoll, den Verhandlungsweg zu beschreiten, an dessen Ende sein Sturz stehen würde.

Andererseits aber hatte in London Sir Anthony Eden sein eigenes Prestige in die Waagschale geworfen - mit der Feststellung, in den eigenen mächtigen, vertragsbrüchigen Diktator in Kairo könne man kein Vertrauen setzen - darum internationale Kontrolle des Kanals. In dem Dilemma, wessen Prestige wird bei Entgegenkommen - und ohne Entgegenkommen gibt es keine friedliche Lösung - am stärksten angegriffen, liegt die höchste Schwierigkeit der Menzies-Mission. So stehen die Exponenten der Suezkrise, Präsident Nasser und Premierminister Eden, an diesen Wochenende vor schicksalsvollen Entscheidungen.

* * *

Vorkämpfer der Sozialhygiene

jn.- Vor 25 Jahren, am 4. September 1931, starb in Berlin der erste deutsche ord. Professor der Sozialhygiene, Alfred Grotjahn. Sohn und Enkel von Landärzten, wandte der 1869 geborene Niedersachse sich gleichfalls dem Medizinstudium zu. Doch seine Neigungen gingen von Anfang an zur Nationalökonomie und den sozialen Fragen. 1896 liess er sich im Südosten Berlins als Kassenarzt nieder. Aber er fuhr fort, sich mit wissenschaftlichen Problemen zu befassen,

Eingehende Untersuchungen widmete er der Frage, ob die sehr - 5 -

ungünstigen gesundheitlichen Verhältnisse im industriellen Proletariat, wie das die verbreitete medizinische Auffassung war, auf erblicher "Degeneration" beruhten. Vergleiche zwischen englischer und deutscher Arbeiterschaft der Jahrhundertwende brachten ihn zu der Überzeugung, dass nur zielbewusste sozialpolitische Massnahmen die hohe Krankheitshäufigkeit der Arbeiterbevölkerung würden beseitigen können. Die sozialen Umstände sah er für viel wichtiger an als die bakteriellen Krankheitsursachen, die damals das medizinische Denken beherrschten. Gegen die Verbreitung der Tuberkulose und der Rachitis z.B., die die Gesundheit und Leistungsfähigkeit grosser Teile der Arbeiterschaft frühzeitig zerstörten, forderte er planmässige Wohnungsbaupolitik. Diese Arbeiten gipfelten in einem berühmt gewordenen Werk über "Soziale Pathologie".

Späterhin hat Grotjahn sein Interesse stärker bevölkerungswissenschaftlicher Fragen zugewandt. In den grossen Auseinandersetzungen um die Strafbarkeit der Abtreibung veranlassten ihn seine Kenntnisse über die medizinischen Schäden und Gefahren der Schwangerschaftsunterbrechung sich für eine systematische Schwangerschaftsverhütung einzusetzen, andererseits aber einen Familienlastenausgleich zu fordern. Er wurde so zum Vorkämpfer des Kindergeldes.

Grotjahn war 1912 Dozent an der Berliner Universität geworden - eine hauptamtliche Lehrtätigkeit kam aber wegen des Widerstandes der doktrinär befangenen Häupter der Hochschulwelt nicht zustande. 1920 errichtete der sozialdemokratische Kultusminister Haenisch einen Lehrstuhl der Sozialhygiene für ihn. Eine sehr grosse Zahl von Schülern, die in der Weimarer Zeit aufblühenden öffentlichen Gesundheitswesen tätig wurden, verschafften seiner Auffassung Geltung in der Praxis des Sozial- und Gesundheitswesens. Auch in der Hygieneaktion des Völkerbundes wirkte er beratend mit.

Grotjahn war schon als Schüler überzeugter Sozialist geworden. Als Student war er in Berlin am Entstehen der ersten sozialistischen Studentengruppe beteiligt. Er rechnete sich dem revisionistischen Flügel der SPD zu. 1921 zog er als Abgeordneter in den ersten Deutschen Reichstag ein und nahm an der Gestaltung der ersten sozial- und gesundheitspolitischen Gesetze bestimmend teil.

Der Parteivorstand der SPD übertrug ihm die Ausarbeitung eines Abschnittes "Öffentliche Gesundheitspflege" für das Görlitzer Programm. Sein Entwurf fand auf dem Augsburger Parteitag 1922 einmütige Billigung. Die SPD wurde damit die erste deutsche Partei, die gesundheitspolitische Forderungen in ihr Programm aufnahm.

"Des alten Mannes Zorn"

sp. Unter dieser Überschrift veröffentlichte die bekannte amerikanische Zeitschrift "Time" in ihrer Ausgabe vom 3. September einen bemerkenswerten Beitrag, der sich mit der Person des Bundeskanzlers befasst. Kern der Darstellung ist Adenauers Sorge um den sogenannten Radford-Plan die ihn z.Zt. völlig beherrscht. Er fühle sich betrogen. Im Juni sei er nach den USA gefahren, um "seinem alten Freunde John Forster Dulles" zu versprechen, dass das Wehrpflicht-Gesetz bald verabschiedet werde. Auf der Rückkehr von dieser Unterhaltung habe er einem seiner Mitarbeiter gesagt: "Ich habe das Gefühl, dass da irgend etwas nicht stimmt."

Dann kam die Nachricht über den Radford-Plan mit der Folge einer Verminderung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik. Adenauer habe immer die allgemeine Wehrpflicht mit der Notwendigkeit begründet, die zwölf Divisionen aufzustellen, die seine Regierung der NATO zugesagt habe: "Time" sagte dazu: "Dann gab Dulles in einer Pressekonferenz zu, dass die NATO im Zuge der allgemeinen Abwendung von den herkömmlichen militärischen Waffen nicht länger so viele deutsche Divisionen benötigte." "Dies scheint zu zeigen, dass die Sozialdemokraten die ganze Zeit doch recht gehabt haben", sagte Adenauer. Es wird weiter die Mission Heusingers in den USA erwähnt, mit dem Ergebnis der amerikanischen Versicherung, der Radford-Plan sei noch nicht politische Wirklichkeit. Bald danach hätten auch Dulles und der britische Außenminister Lloyd Herrn von Brentano dahin beruhigt, dass "einstweilen" ihre Länder nicht beabsichtigten, die Kampfstärke (combat potential) in Westdeutschland herabzusetzen. (Von der Truppenzahl war nicht die Rede).

Adenauer, so habe ein Beamter des Auswärtigen Amtes gesagt, sei verletzt und erbittert über die Art, wie er von den Amerikanern behandelt werde, insbesondere von Dulles, und habe hinzugefügt: "Mindestens hätten sie mir doch etwas sagen müssen".

Der Schlussabsatz dieses bemerkenswerten Aufsatzes lautet:

"Ob Adenauers Verärgerung zu Recht besteht oder nicht - Tatsache ist, dass er glaubt, er habe seinen politischen Kredit mit der Politik von Dulles und den USA verbunden. Adenauers von den Amerikanern inspierte Außenpolitik, die deutsche Wiedervereinigung irgendwie voranzutreiben, ist misslungen. Nur ein Jahr vor den nächsten Wahlen in Westdeutschland hat man die deutschen Wähler mit einem Umstand vertraut gemacht, der ihnen augenfällig zu beweisen scheint, dass Konrad Adenauer Ansehen in Washington im Sinken begriffen ist. Gleichzeitig gewann das sozialdemokratische Argument an Überzeugungskraft, dass es für Westdeutschland sinnlos ist, die Wehrpflicht zu einem Zeitpunkt einzuführen, zu dem andere Länder im Begriff sind, die Stärke der herkömmlichen Streitkräfte herabzusetzen. In der letzten Woche haben die beiden führenden Meinungsforschungs-Institute Westdeutschlands wesentliche sozialdemokratische Gewinne unter den künftigen Wählern nachgewiesen, indem die Sozialdemokraten zum ersten Male ungefähr ebenso stark wie Adenauers Christliche Demokraten sind."

* * *